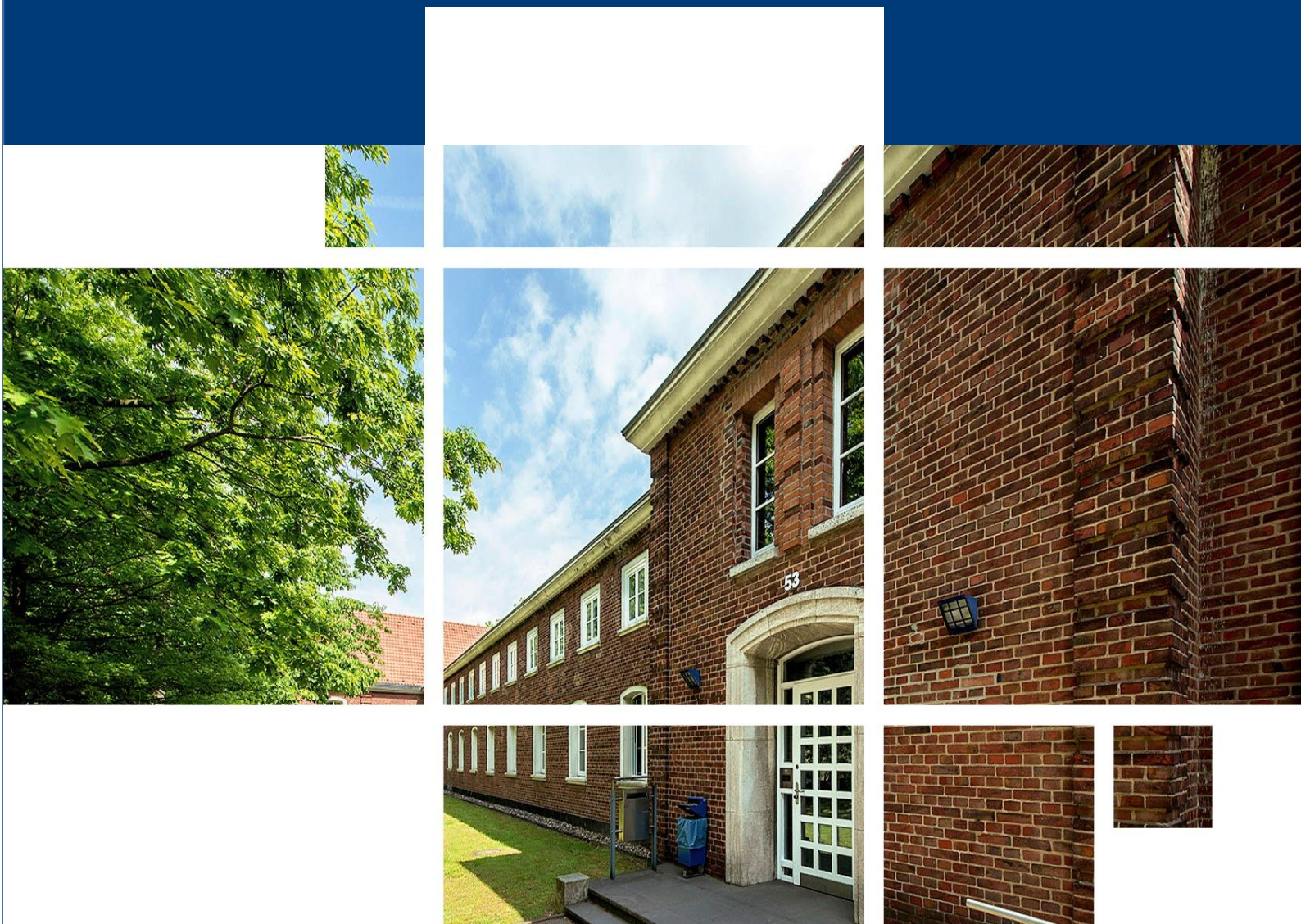


Politische Möglichkeitsräume in einer multiplexen Welt



Inhalt

Zusammenfassung.....	3
Politische Möglichkeitsräume in einer multiplexen Welt.....	4
Forschungsbereich I: Global Governance für nachhaltige Entwicklung	7
Forschungsbereich II: Menschenrechte und Regulierung der globalen Wirtschaft	8
Forschungsbereich III: Konfliktdynamiken und Praktiken der Friedenssicherung.....	9
Literatur	10

Zusammenfassung

Frieden und Entwicklung zu gewährleisten, steht angesichts der Erosion der internationalen liberalen Ordnung vor neuen Herausforderungen. Die INEF-Forschungsagenda fußt auf der Annahme, dass es für Friedensschaffung und globale Entwicklung weder analytisch noch politisch ausreichend ist, sich auf die Stabilisierung eines multipolaren Machtgleichgewichts zu fokussieren.

Mit dem INEF-Forschungsprogramm für die Jahre 2026 bis 2029 unter dem Titel „Politische Möglichkeitsräume in einer multiplexen Welt“ wollen wir deutlich machen, dass – trotz der medialen Zuspitzung auf das Agieren von Staatenlenkern – globale Dynamiken auch weiterhin durch eine Vielzahl von politisch, ideologisch und kulturell vielfältigen Akteuren, Institutionen und Praktiken abgebildet und in dieser Vielfalt empirisch untersucht werden sollten.

Das Konzept der multiplexen Welt negiert dabei nicht das Vorhandensein von globalen Machtungleichgewichten und Hierarchien. Mit dem INEF-Forschungsprogramm greifen wir dieses Konzept auf, weil in der sich verändernden Ordnung die kooperative Schaffung globaler öffentlicher Güter und die konstruktive Bearbeitung geteilter Problemlagen an der Schnittstelle von Entwicklung und Frieden zentral bleibt, und auch weiterhin durch die Interaktionsfähigkeit zahlreicher staatlicher und nichtstaatlicher Akteure – etwa ablesbar an der Fähigkeit, Abkommen zu schließen – entscheidend mitgeprägt bleibt. In bewusster Umkehrung der immer wieder angeführten „Shrinking Spaces“ nimmt das Programm Möglichkeitsräume („Enabling Spaces“) in den Blick, in denen sich politische Gestaltungs- und Aushandlungsprozesse auf verschiedenen Ebenen entfalten können.

Die Umsetzung des Forschungsprogramms erfolgt in den drei Forschungsbereichen des INEF:

- I. Global Governance für nachhaltige Entwicklung,
- II. Menschenrechte und Regulierung der globalen Wirtschaft sowie
- III. Konfliktdynamiken und Praktiken der Friedenssicherung.

Weitere Informationen zu unseren [Projekten](#) in den einzelnen [Forschungsbereichen](#) finden Sie auf unserer [Homepage](#).

Politische Möglichkeitsräume in einer multiplexen Welt

Seit der Gründung des INEF im Jahr 1990 konzentriert sich dessen Forschung auf Fragestellungen an der Schnittstelle von Entwicklungs-, Friedens- und Konfliktforschung. Gleichzeitig liegt der Fokus darauf, wie und von wem die identifizierten Problemlagen sowohl transnational und global (Global Governance) als auch national und lokal bearbeitet und gesteuert werden können. Dabei wird insbesondere die Rolle privater und zivilgesellschaftlicher Akteure untersucht. Frühere Vorstellungen von Global Governance-Architekturen in einer zunehmend komplexen Welt greifen allerdings kaum noch. Auch wenn machtvolle Akteure in der medialen Wahrnehmung internationale Politik zu dominieren scheinen, sind an globalen Entscheidungsprozessen mittlerweile meist unterschiedliche staatliche und nichtstaatliche Akteure beteiligt. Sie stehen in hierarchischen oder auch netzwerkartigen Beziehungen. Die gegenseitigen Zuschreibungen von Zuständigkeiten, Rechenschaftspflichten und Kontrolle sind dabei häufig nicht klar geregelt, sondern immer wieder Gegenstand von Aushandlungsprozessen. Dies haben wir auch in den Arbeiten der vorangegangenen Forschungsprogramme exemplarisch in den von uns untersuchten Gegenstandsbereichen aufgezeigt. Im Fokus standen dabei die Konzepte von „Verantwortung“ und „umstrittener Autorität“ (siehe etwa Ulbert/Finkenbusch/Sondermann/Debiel 2018, Scheper 2019, Mondré/Niemann/Scheper/Ulbert 2017), die eng mit der Annahme verbunden sind, dass Normen umstritten sind und Akteure um Normbedeutungen ringen (Wunderlich/Lucenti/Lantis/Ducci 2025).

Die Debatte um die Auflösung der liberalen internationalen Ordnung, die sich nach dem Ende des Ost-West-Konflikts ab den 1990er Jahren herausgebildet hatte, und die Diagnose einer neuen Weltordnung, in der zunehmend aufgrund geopolitischer Erwägungen Interessen einseitig machtpolitisch durchgesetzt werden (siehe etwa Börzel/Zürn 2021, Goddard/Krebs/Kreuder-Sonnen/Rittberger 2024, Lake/Martin/Risse 2021), bildet die veränderten globalen Dynamiken jedoch nur bedingt ab. Globale Politik ist heute nicht mehr und auch nicht wieder nur durch zwischenstaatlichen Austausch gekennzeichnet, sondern durch vielfache Interaktionen, wie insbesondere die starke Bedeutungszunahme nicht-staatlicher und Multistakeholder-Institutionen seit den 1990er Jahren zeigt (Union of International Associations 2022: 44-45). Zudem finden diese Interaktionen über die unterschiedlichsten Themenbereiche hinweg statt – auch jenseits von Sicherheit und Handel. Liegt der Fokus nicht auf einzelnen mächtigen Staaten und deren ökonomischer und/oder militärischer Macht wie in der Vorstellung von einer „multipolaren“ Welt, ergeben diese vielfältigen Interaktionen ein anderes Bild von „Ordnung“, also der strukturierten Beziehungen zwischen unterschiedlichen Akteuren. Für die beschriebenen vielfältigen interdependenten Beziehungen zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren in der globalisierten Welt von heute hat Amitav Acharya den Begriff „multiplexe Ordnung“ geprägt (Acharya 2017, Acharya/Estevadeordal/Goodman 2023, Acharya 2025). In einer multiplexen Ordnung dominiert keine einzelne globale Hegemonialmacht. Gleichwohl bestehen weiterhin Machtungleichgewichte und Hierarchien. Anstatt allerdings die (materielle) Macht der führenden Staaten in den Mittelpunkt zu rücken, wird die Interaktionsfähigkeit staatlicher und nichtstaatlicher Akteure als Haupttreiber und gestaltender Faktor für die Schaffung von Ordnung angesehen. Interaktionsfähigkeit ist definiert als „a way of looking at international systems/societies in terms of their carrying capacity for information, goods and people, and the speed, range and cost with which these things can be done“ (Buzan 2023: 19). Interaktionsfähigkeit hat somit einen materiellen Aspekt, der die Grenzen und Kennzeichen jeder Art von Austausch beeinflusst, vom Handel über Krieg bis hin zu kulturellen Beziehungen. Interaktion wird jedoch auch durch primäre Institutionen wie Völkerrecht und Diplomatie, aber auch durch sekundäre Institutionen wie das Bankensystem oder durch Organisationen wie die des UN-Systems erleichtert (vgl. Buzan 2023: 19).

Die Auseinandersetzungen um die liberale internationale Ordnung, die in ihrer alten Form nicht aufrechterhalten werden wird (Goddard/Krebs/Kreuder-Sonnen/Rittberger 2025), beschädigen aber zunehmend die multilateralen Institutionen, allen voran des UN-Systems. Daher wird der Ruf nach deren Reform oder

Restrukturierung immer lauter, insbesondere aus den Ländern des Globalen Südens, die auf mehr Repräsentativität und Teilhabe drängen (Schoeman/Alden 2024: 191). Dies geschieht auch vor dem Hintergrund, dass die Zahl der ungelösten grenzüberschreitenden und globalen Probleme nicht abnimmt, was sich auch in den geringen Fortschritten und teilweise sogar Rückschritten bei der gemeinsamen Verwirklichung der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) widerspiegelt, von denen einige, wie etwa der Kampf gegen Hunger, definitiv nicht bis 2030 erreicht werden wird (Sachs/Lafortune/Fuller/Iablonski 2025: 11).

Ein wesentliches Merkmal von Multiplexität ist „multiscalarity“, d. h. Probleme existieren und interagieren auf mehreren Ebenen, die klar abgegrenzte geografische Bereiche überschreiten. Infolgedessen beschreibt der Begriff der Multiplexität eine internationale Ordnung mit einer größeren Vielfalt an interdependenten Beziehungen (Acharya/Estevadeordal/Goodman 2023: 2341, 2344). Das Konzept einer multiplexen Ordnung lässt aber noch eine Reihe von Fragen offen. „Ordnung“ (*order*) wird in den internationalen Beziehungen traditionell mit Berechenbarkeit und Stabilität gleichgesetzt. Multiplexität führt jedoch nicht automatisch zu Berechenbarkeit und Stabilität, da hierbei der analytische Fokus auf den Prozess der Ordnungsbildung (*ordering*) und Transformation gerückt wird. In einer multiplexen Ordnung ist eine gewisse Offenheit und Unbestimmtheit notwendig, da Begriffe, insbesondere normative, in Aushandlungsprozessen und nicht zuletzt über Praktiken vor Ort immer wieder neu gedeutet werden.

Eine weitere offene Frage ist die nach der Interaktionsfähigkeit der beteiligten Akteure. Das Maß an Interaktionsfähigkeit ist eng verknüpft mit der Möglichkeit, Räume zu schaffen, in denen über die Gültigkeit von Regeln gestritten werden kann und in denen Verantwortlichkeiten und die Ausübung von Autorität kontinuierlich ausgehandelt werden. Diese Räume stellen jedoch nicht für alle Akteure „Ermöglichungsräume“ dar, insbesondere wenn zu große Unterschiede in den Interessen und Werten der Beteiligten zu Handlungsblockaden führen. Durch Ungleichheiten zwischen und innerhalb von Staaten erlangen einzelne Akteure häufig auch keinen Zutritt zu diesen Räumen oder werden in diesen marginalisiert. Der Zugang zu Möglichkeitsräumen kann jedoch auch Akteure ermächtigen, die eher Gewalt und gesellschaftliche Spaltungen befördern oder notwendige Transformationsprozesse behindern.

Im neuen INEF-Forschungsprogramm sollen daher zwei Aspekte genauer untersucht werden, die für die Ausgestaltung der dynamischen, multiplexen Ordnung relevant sind:

1. Wie können **Wege und Handlungsmöglichkeiten** eröffnet werden, damit **globale öffentliche Güter** besser gemeinsam geschaffen und **geteilte Problemlagen** konstruktiv so bearbeitet werden, dass menschliche Lebensgrundlagen nicht (weiter) zerstört, sondern Konflikte konstruktiv bearbeitet und Ungleichheiten abgebaut werden. Notwendig wären Veränderungen von bestehenden Paradigmen (wie „Entwicklung“, „Wirtschaftswachstum“, aber auch „Peacebuilding“), die neue Handlungsperspektiven eröffnen und so auch zu Veränderungen von Praktiken führen. Gleichzeitig ist es notwendiger denn je, die dynamischen Wechselwirkungen zwischen „Entwicklung“, „Frieden“ und „Sicherheit“ zu erklären und deren praktische Relevanz aufzuzeigen.
2. Insbesondere für die Bewältigung langfristiger und komplexer Probleme brauchen wir auf allen Handlungsebenen und ebenenübergreifend **Räume für Verhandlungen, Kreativität und Partizipation**, die es uns ermöglichen, auch unorthodoxe oder neue Perspektiven und Ansätze zu entwickeln. Aus demokratischer und nachhaltigkeitspolitischer Perspektive zielt die Schaffung von Möglichkeitsräumen nicht auf maximale Inklusivität. Unser Interesse liegt auf geeigneten institutionellen Arenen, die eine Beteiligung jener Akteure erlauben, deren Interessen, Wissensbestände und Wertekonflikte für die Bearbeitung langfristiger und komplexer Problemlagen

besonders relevant sind. In derartigen **Aushandlungs- und Gestaltungsräumen** können gemeinsame Interessen definiert werden, aber es kann auch eine Auseinandersetzung (*contestation*) über unterschiedliche Wertvorstellungen stattfinden (Wiener 2014, 2018). In bewusster Umkehrung der immer wieder zitierten „Shrinking Spaces“ für vor allem zivilgesellschaftliche Teilhabe, sowohl in autokratischen (Toepler/Zimmer/Fröhlich/Obuch 2020) wie liberal-demokratischen Systemen (Strachwitz/Toepler 2022), wollen wir daher in unseren Forschungen die **Möglichkeitsräume**, also die „**Enabling Spaces**“ in den Blick nehmen, über die politische Räume der Gestaltung und Aushandlung geschaffen werden können. Diese Möglichkeitsräume werden sich jedoch nicht allein durch formale politische Reformen (er)öffnen, und sie werden nicht automatisch allen von politischen Maßnahmen Betroffenen den Zugang ermöglichen. Mit unseren Forschungen wollen wir zu einem besseren Verständnis beitragen, unter welchen Rahmenbedingungen (wie etwa Kapazitätsentwicklung, Netzwerkarbeit und Vertrauensbildung) zivilgesellschaftliche Akteure über alle Ebenen (global, national, lokal) hinweg diese Räume überhaupt erkennen und nutzen können. Entscheidend wird hierbei sein, wer Zugang zu welchen Räumen hat, mit welchen Mitteln und mit welchen Zielen darin agiert wird. Digitale Transformation und weitere technologische Entwicklungen spielen hierbei eine zentrale Rolle. Sie können sowohl hinderlich sein, wenn sie zu weiterer Zentralisierung von Macht und stärkerer Exklusivität von Wissen führen, aber sie können auch dabei unterstützen, neue Räume zu schaffen und vielfältigeren Akteursgruppen effektive Zugänge zu Wissen und Aushandlungsarenen zu ermöglichen.

Diese zwei Aspekte werden in den **drei Forschungsbereichen** des INEF

I. Global Governance für nachhaltige Entwicklung,

II. Menschenrechte und Regulierung der globalen Wirtschaft sowie

III. Konfliktdynamiken und Praktiken der Friedenssicherung

anhand ausgewählter Themenbereiche und Fragestellungen untersucht.

Dabei haben wir über alle drei Forschungsbereiche folgende **Querschnittsthemen** im Blick:

- Erstens sind für unsere Forschungen die **Zusammenhänge von Entwicklung, Frieden und Sicherheit** relevant. Diese aufzuzeigen und deren **Schnittstellen** und **Wirkmechanismen** herauszuarbeiten, ist ein übergeordnetes Ziel der Forschungen am INEF.
- Zweitens wollen wir die von uns als „**Möglichkeitsräume**“ bezeichneten politischen Räume der Aushandlung und Gestaltung **identifizieren** und die darin handelnden **Akteure**, die sich herausbildenden **Praktiken** und darin wirkenden **Dynamiken analysieren**.
- Dies soll drittens auch dazu dienen, mögliche **Bedingungsfaktoren sozialer Transformation** zu bestimmen, insbesondere im Hinblick auf den **Transfer und die Umstrittenheit von Normen** über unterschiedliche Akteursgruppen und Handlungsebenen hinweg.

Forschungsbereich I: Global Governance für nachhaltige Entwicklung

Auch wenn die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung absehbar nicht, wie ursprünglich geplant, bis 2030 umgesetzt werden, sind sie weiterhin der normative Referenzrahmen, auf den sich die Mehrheit der Staaten bezieht. Denn die mit ihnen verbundenen Zielvorstellungen für eine gerechte und in einem sozial, ökologisch und ökonomischen Sinne „nachhaltige“ Entwicklung werden weiterhin überwiegend geteilt und sind Bezugspunkt gemeinsamer Anstrengungen zur Schaffung und für den Schutz globaler Gemeinschaftsgüter. Die internationalen Institutionen, die bislang maßgeblich an der Umsetzung der SDGs beteiligt waren, allen voran die des UN-Systems, sind jedoch im Zuge der gegenwärtigen von einseitigen Interessen geprägten Machtpolitik, insbesondere des ehemaligen „liberalen Hegemons“ USA, deutlich geschwächt worden. Die damit einhergehenden Strukturen von Global Governance verändern sich daher. Ungeachtet dessen bleibt der (globale) Problemdruck, der sich in den Defiziten der Umsetzung der SDGs widerspiegelt, weiterhin bestehen. In den Vordergrund rückt daher die Frage, innerhalb welcher Strukturen und Konstellationen multilaterale Kooperation aufrechterhalten werden kann und welchen Beitrag zu globaler nachhaltiger Entwicklung sie dann noch leisten kann.

Eine Antwort, die vor allem die Vorstellung einer multiplexen Weltordnung nahelegt, besteht in der stärkeren Regionalisierung multilateraler Kooperation, auch und vor allem über die bisherigen, stärker von geografischen Zugehörigkeiten geprägten Institutionen hinweg. Aus den regionalen Kooperationsstrukturen heraus können auch globale Institutionen und Prozesse weiterhin gestützt werden, sei es bei der Verbesserung von Gesundheitsversorgung, der Aufrechterhaltung funktionierender Ernährungssysteme oder bei der Friedenssicherung. Vor diesem Hintergrund widmet sich der Forschungsbereich daher auf einer konzeptionellen Ebene der Diskussion des Entwicklungsbegriffs und arbeitet die Schnittstellen zwischen „Entwicklung“, „Frieden“ und „Sicherheit“ heraus. Damit einher geht die Frage, wie „Entwicklungspolitik“ in Zeiten sinkender Mittel und der Betonung nationalstaatlicher Interessen als Politikfeld so gestaltet werden kann, dass nicht nur die mit den SDGs verbundenen Werte und Zielvorstellungen berücksichtigt werden, sondern auch die damit adressierten Probleme effektiv bearbeitet werden.

In diesem Forschungsbereich wird daher unter anderem untersucht, wie digitale Transformation zur Umsetzung der SDGs bis 2030 und darüber hinaus beitragen kann. Dabei steht im Mittelpunkt, wie etwa durch digitale Transformation Räume im Sinne der oben skizzierten „enabling spaces“ geschaffen werden, in denen Aushandlungsprozesse möglich werden und Probleme kreativ bearbeitet werden können. Ein Fokus liegt hierbei auf der Frage, wie zivilgesellschaftliche Akteure (besser) in multi- und transnationale Politikprozesse eingebunden werden können, was in der Regel als „meaningful engagement“ von Staaten und multilateralen Organisationen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren bezeichnet wird. Ein Themenfeld, in dem hierzu bereits Forschungen am INEF stattgefunden haben, ist der Bereich der globalen Gesundheitspolitik.

Interessen bilden sich nicht unabhängig von zugrundeliegenden Werten heraus. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass sich Interessen auch ändern können, wenn sich zugrundeliegende Werte ändern. Ein Themenbereich, in dem sich dies besonders widerspiegelt, ist der der Geschlechterkonzepte und damit verbundenen Rollen. So umstritten „Gender“ derzeit in nationalen und internationalen Diskussionen sein mag, der enge Zusammenhang etwa zwischen der Rolle von Frauen und ihrem Beitrag zu (wirtschaftlicher) Entwicklung und nachhaltigem Frieden ist empirisch gut belegt. Die Untersuchung der Mechanismen und Prozesse einer multiskalaren Normaneignung und deren Übersetzung in soziale Praktiken, die in Feedbackschleifen stattfindet, leistet insofern auch einen Beitrag dazu, globale Normkontestationen und deren Bedeutung für multilaterale Kooperation und nachhaltige Entwicklung besser zu verstehen.

Forschungsbereich II: Menschenrechte und Regulierung der globalen Wirtschaft

Globale Wertschöpfungsprozesse stehen im Zentrum aktueller Auseinandersetzungen um soziale Gerechtigkeit und Wohlstand, ökologische Nachhaltigkeit und demokratische Teilhabe. In ihnen verdichten sich Konflikte um eine sozial-ökologische Transformation der globalen Wirtschaft ebenso wie um den Stellenwert von Menschenrechten als normativer und politischer Bezugspunkt wirtschaftlichen Handelns.

Der Forschungsbereich untersucht, wie sich Menschenrechte, Nachhaltigkeitsdiskurse und die Regulierung der Wirtschaft gegenseitig bedingen, überlagern und herausfordern. Neue nationale Lieferkettengesetze und die EU *Corporate Sustainability Due Diligence Directive* (CSDDD) sind nur zwei wichtige Beispiele, die einen deutlichen Wandel der Regulierungslandschaft markieren: Menschenrechtliche und ökologische Sorgfaltspflichten werden ausgehend von internationalem *Soft Law* zu Bestandteilen gesetzlicher Regulierung mit extraterritorialen Auswirkungen. Dieser Prozess ist weiterhin stark umstritten, wie die weitgehende Abschwächung der ursprünglich ambitionierten EU-CSDDD zeigt. Die Umsetzung in nationale Gesetze in den nächsten Jahren wird weitere Weichenstellungen mit sich bringen. Diese Prozesse eröffnen neue Möglichkeitsräume in Europa, so etwa durch behördliche Beschwerdeverfahren gegen Unternehmen, die ihrer Sorgfaltspflicht nicht nachkommen. Bisher wissen wir wenig darüber, welche Veränderungen sie in Ländern außerhalb Europas bringen, in denen ein großer Teil der Produktion stattfindet, etwa der Rohstoffabbau, die Plantagen- und Fabrikarbeit. Zugleich bringen die neuen Regulierungen auch Ambiguitäten und Konflikte hervor – z.B. zwischen transformativen Ansprüchen und etablierten Regulierungspraktiken, zwischen formal universellen Rechtsnormen und konflikthafter transnationalen Umsetzungspraktiken oder zwischen globalen Nachhaltigkeitszielen und den Wettbewerbsimperativen der Weltwirtschaft.

Der Forschungsbereich untersucht diese Politiken der Regulierung und Compliance entlang transnationaler Wertschöpfungsketten als multiskalare und konflikthafte Prozesse: Akteure aus Staat, Unternehmen, Gewerkschaften, internationalen Organisationen und Zivilgesellschaft handeln die Regeln globaler Wirtschaft aus, interpretieren internationale und nationale Normen und setzen sie praktisch in hybrid regulierten Kontexten auf verschiedenen Ebenen um, z.B. durch Gesetze, institutionalisierte Dialogformate, durch Standard-, Zertifizierungs-, Berichts- und Monitoringregime, durch gerichtliche Klagen und behördliche Beschwerden, durch Kampagnen und Arbeitskämpfe.

Ein besonderer Fokus unserer Forschung liegt hierbei auf der Idee einer gesellschaftstheoretischen und empirisch fundierten Betrachtung des Rechts in transnationaler Perspektive: rechtliche Normen gewinnen ihre konkrete Bedeutung oft erst durch soziale Praktiken (z.B. im Unternehmen, einer Behörde, einer Gewerkschaft oder vor Gericht), die wiederum von Machtverhältnissen, Interessen und kulturellen Deutungsmustern geprägt sind. Dabei gilt unser besonderes Interesse den fundamentalen Arbeitsrechten, intersektionalen Ungleichheiten in globalen Wertschöpfungsketten sowie den Strategien von Arbeiter:innen, Gewerkschaften und anderen kollektiven Akteuren, die für soziale Rechte, faire Arbeitsbedingungen und ökologische Gerechtigkeit eintreten und so immer wieder neue Räume transnationaler Solidarität und Partizipation zu eröffnen versuchen. Im Zentrum steht die Frage, wie und unter welchen Bedingungen sich *enabling spaces*, also Möglichkeitsräume, für politische und zivilgesellschaftliche Teilhabe tatsächlich eröffnen oder verschließen. Dabei geht es sowohl um institutionalisierte Beteiligungsformate, wie Multi-Stakeholder-Initiativen, Klage- und Beschwerdewege, um unternehmerische, öffentliche und hybride Regulierungsprozesse, als auch um transnationale Formen der politischen Mobilisierung, insbesondere durch Gewerkschaften und soziale Bewegungen.

Forschungsbereich III: Konfliktodynamiken und Praktiken der Friedenssicherung

Die gegenwärtige weltpolitische Lage erschüttert die Grundfeste internationaler Friedens- und Sicherheitsordnungen. Geopolitische Machtverschiebungen, die Schwächung und der Rückbau multilateraler Institutionen und die zunehmende Missachtung völkerrechtlicher Normen signalisieren eine tiefgreifende Erosion der regelbasierten internationalen Ordnung. Eine Auseinandersetzung über die Geltung globaler Normen ist längst offenen Normbrüchen gewichen, wodurch ehemals universelle Prinzipien – etwa territoriale Integrität oder der Schutz von Zivilist:innen – an Bindungskraft verlieren. Zugleich schwächen gesellschaftliche Polarisierung, Autokratisierung und wahrgenommene Doppelstandards westlicher Staaten das Vertrauen in internationale Zusammenarbeit. Zuständigkeiten und Handlungsmacht in Fragen von Sicherheit und Konfliktbearbeitung verlagern sich zunehmend auf regionale Organisationen, ad-hoc-Koalitionen sowie nichtstaatliche und hybride Akteure, während neue Technologien die Dynamiken von Gewalt transformieren und klassische Instrumente der Konfliktbearbeitung an ihre Grenzen bringen.

Vor diesem Hintergrund vollzieht der Forschungsbereich zwei analytische Suchbewegungen: Zum einen werden die Konfliktodynamiken, die sich durch diese Entwicklungen und Auseinandersetzungen ergeben, nachgezeichnet. Exemplarisch werden u.a. Bedeutungsverschiebungen durch Kontestationsprozesse und das Einbringen alternativer Ordnungsvorstellungen im globalen nuklearen Nichtverbreitungsregime erfasst. Zum anderen untersuchen wir, wie sich die skizzierten Entwicklungen auf Instrumente der Friedenssicherung auswirken, u.a. etwa Maßnahmen der Rüstungskontrolle, Nichtverbreitung und Abrüstung von Atomwaffen sowie Friedensmissionen, nichtmilitärische Interventionspraktiken, Maßnahmen der Friedenskonsolidierung, aber auch gendertransformative Ansätze.

Im Fokus steht dabei ein multiskalarer Zugang, der Verflechtungen und Interaktionsprozesse zwischen Institutionen, Normen und heterogenen Akteurskonstellationen in den Blick nimmt. Besonderes Augenmerk gilt der Rolle von Akteuren aus dem Globalen Süden – neben Staaten sind diese insbesondere zivilgesellschaftliche Organisationen und lokale Stakeholder sowie marginalisierte Gruppen, deren Wissensformen und Praktiken in globalen Verhandlungen oft ausgeblendet werden. Dabei zeigen wir in unseren Forschungen auf, dass Friedenssicherung nicht nur durch formale, zwischenstaatliche Institutionen wie die UN oder multilaterale Verträge gestaltet wird, sondern auch durch zivilgesellschaftliche Initiativen, lokale Mediationsprozesse, religiöse Bewegungen und informelle Netzwerke. Dies untersuchen wir beispielsweise anhand nichtmilitärischer Interventionspraktiken der Afrikanischen Union und der *Regional Economic Communities*, die auf die Stärkung lokaler Netzwerke und Strukturen setzen oder mit Blick auf die Rolle zivilgesellschaftlicher und marginalisierter Akteure in der Ausgestaltung der globalen nuklearen Ordnung.

Nicht zuletzt fragen wir auch nach den Bedingungsfaktoren, die zur Prävention, Regulation und Transformation von Konfliktodynamiken beitragen können. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf den oben skizzierten politischen Möglichkeitsräumen, die wir sowohl mit Blick auf ihr Potential für Gewaltmobilisierung wie auch -regulation untersuchen. Dies zeigt sich etwa im Themenfeld der nuklearen Verifikation: So erschwert das Wegbrechen formaler Rüstungskontrollverträge die Gewinnung belastbarer Informationen über staatliche Nuklearprogramme. Zugleich eröffnen sich alternative Entwicklungspfade, etwa durch die Einbindung gesellschaftlicher Akteure in die Überwachung von Nuklearprogrammen („societal verification“) oder die Berücksichtigung regionaler Verifikationsansätze. Ein anderes Beispiel aus unserer Forschung ist die ambivalente Rolle religiöser und zivilgesellschaftlicher Akteure, die sowohl als Akteure der Friedensregulierung als auch als Mobilisatoren von Gewalt wirken können. Die Bedingungen, unter denen letzteres geschieht, erforschen wir im Kontext der ideologischen Mobilisierung islamistischer Rebellengruppen.

Literatur

- Acharya, Amitav 2017: After Liberal Hegemony: The Advent of a Multiplex World Order, in: *Ethics & International Affairs* 31: 3, 271-285.
- Acharya, Amitav 2025: *The Once and Future World Order. Why Global Civilization Will Survive the Decline of the West*, London: Basic Books.
- Acharya, Amitav/Estevadeordal, Antoni/Goodman, Louis W. 2023: Multipolar or multiplex? Interaction capacity, global cooperation and world order, in: *International Affairs* 99: 6, 2339-2365.
- Börzel, Tanja A./Zürn, Michael 2021: Contestations of the Liberal International Order: From Liberal Multilateralism to Postnational Liberalism, in: *International Organization* 75: 2, 282-305.
- Goddard, Stacie E./Krebs, Ronald R./Kreuder-Sonnen, Christian/Rittberger, Berthold 2024: Contestation in a World of Liberal Orders, in: *Global Studies Quarterly* 4: 2.
- Goddard, Stacie E./Krebs, Ronald R./Kreuder-Sonnen, Christian/Rittberger, Berthold 2025: Liberalism Doomed the Liberal International Order. A Less Legalistic System Would Help Protect Democracies, in: *Foreign Affairs* Juli 28, 2025 (<https://www.foreignaffairs.com/united-states/liberalism-doomed-liberal-international-order>; 13.08.2025).
- Lake, David A./Martin, Lisa L./Risse, Thomas 2021: Challenges to the Liberal Order: Reflections on International Organization, in: *International Organization* 75: 2, 225-257.
- Mondré, Aletta/Niemann, Holger/Scheper, Christian/Ulbert, Cornelia 2017: Praktiken der Verantwortungszuschreibung. Transnationale Regelsetzung und politische Autorität privater Unternehmen, in: Daase, Christopher/Junk, Julian/Kroll, Stefan/Rauer, Valentin (Hrsg.): *Politik und Verantwortung. Analysen zum Wandel politischer Entscheidungs- und Rechtfertigungspraktiken (PVS-Sonderheft 52)*, Baden-Baden: Nomos, 358-382.
- Sachs, Jeffrey D./Lafortune, Guillaume/Fuller, Grayson/Iablouovski, Guilherme 2025: *Financing Sustainable Development to 2030 and Mid-Century. Sustainable Development Report 2025*, Paris/Dublin: SDSN/Dublin University Press.
- Scheper, Christian 2019: Menschenrechte als private Legitimitätspolitik, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 26: H. 1, 5-27.
- Schoeman, Maxi/Alden, Chris 2024: The rise of multiplexity and a future of world order/s, in: Loots, Elsabé (Hrsg.): *Economic Shocks and Globalisation. Between Deglobalisation and Slowbalisation*, London/New York: Routledge, 183-203.
- Strachwitz, Rupert Graf/Toepler, Stefan 2022: Contested Civic Spaces in Liberal Democracies, in: *Nonprofit Policy Forum* 13: 3, 179-193.
- Toepler, Stefan/Zimmer, Annette/Fröhlich, Christian/Obuch, Katharina 2020: The Changing Space for NGOs: Civil Society in Authoritarian and Hybrid Regimes, in: *VOLUNTAS: International Journal of Voluntary and Nonprofit Organizations* 31: 4, 649-662.
- Ulbert, Cornelia/Finkenbusch, Peter/Sondermann, Elena/Debiel, Tobias 2018: *Moral agency and the politics of responsibility*, London/New York: Taylor & Francis.
- Union of International Associations 2022: *Yearbook of International Organizations 2022-2023. Guide to Global Civil Society Networks*, Edition 59, Volume 5: Statistics, Visualizations and Patterns, Leiden: Brill.
- Wiener, Antje 2014: *A Theory of Contestation*, Berlin: Springer.
- Wiener, Antje 2018: *Contestation and Constitution of Norms in Global International Relations*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Wunderlich, Carmen/Lucenti, Flavia/Lantis, Jeffrey S./Ducci, Cecilia 2025: Contestation in Prism: An Introduction, in: Lucenti, Flavia/Ducci, Cecilia/Wunderlich, Carmen/Lantis, Jeffrey S. (Hrsg.): *Contestation in Prism: The Evolution of Norms and Norm Clusters in Contemporary Global Politics*, Cham: Springer Nature Switzerland, 1-21.

